



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

**General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung.
1886-1916
1906**

334 (21.7.1906) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-421501](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-421501)

General-Anzeiger



(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Unabhängige Tageszeitung.

Erscheint wöchentlich zwölf Mal.

E 6, 2.

Lesefeste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung.

E 6, 2.

Schluss der Inseraten-Aufnahme für das Mittagsblatt Morgens 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Eigene Redaktions-Bureaus:

Berlin: Dr. Paul Harms, W. 50, Würzburgerstraße 15. Telefon: Berlin-Charlottenburg Nr. 3987.

Berlsruhe: Georg Christmann, Helmholzstraße 13. Telefon: Nr. 1907.

Telegramm-Adresse:

„Journal Mannheim“.

Telefonnummern:

Direktion u. Buchhaltung 1449

Druckerei, Bureau (An-

nahmen, Druckarbeiten) 341

Redaktion 377

Expedition und Verlags-

buchhandlung 318

Abonnement:

70 Pfennig monatlich,
Bringerlohn 25 Pfg. monatlich,
durch die Post bez. incl. Porto
ausländ. M. 8.45 pro Quartal,
Einzel-Nummer 5 Pfg.

Inserate:

Die Colonel-Beile . . . 20 Pfg.
Kundliche Inserate . . . 25 „
Die Reklame-Beile . . . 60 „

Nr. 334.

Samstag, 21. Juli 1906.

(1. Abendblatt.)

Die heutige Abendausgabe umfasst im ganzen
20 Seiten.

Der Kampf um Richters Erbe

schon am Freitag, 27. Juli ausgetragen werden. Heute — so schreibt man uns aus Berlin, 20. Juli — erörtert die gesamte Presse eifrig die Aussichten für die Stichwahl. Da das Zentrum die Entscheidung in der Hand hat, so ist die Auslassung der „Germania“ von besonderem Interesse. Das Blatt schließt ausgiebig in dem Hochgefühl, daß das Zentrum nach der Altona-Ferlokahn nehmen — könnte. Auch sei ein Beschluss von autoritativer Stelle über die Stichwahlparole noch nicht gefasst, doch hat die „Germania“ eine sehr bestimmte Ansicht darüber, wie diese lauten dürfte, nämlich: Unter keinen Umständen für einen Sozialdemokraten. Dem Freisinn trotz Altona-Ferlokahn das Hageners Mandat zu retten, das wäre „die größte Noth“, meint die „Germania“. Die Klügste auch, darf man wohl hinzufügen, denn das Zentrum versichert sich in der Richtung nach oben sehr viel, wenn es eines der ältesten bürgerlichen Mandate an die Sozialdemokratie ausliefert. In diesem Sinne wird ihm auch von der „Neuzzeitung“ zugeredet: „Wenn die Liberale in Altona-Ferlokahn ihrer Pflicht nicht nachgekommen sind, so hat die dort geschädigte Zentrumspartei jetzt in Hagen-Schwelm die schönste Gelegenheit, ihre Staatsklugheit besser zu beweisen und den Liberalen ein Vorbild zu geben.“ Da es aber noch nicht sicher ist, ob die Wähler der Parole auch folgen, so bezieht sich die „Politische Zeitung“ auf die „Neuzzeitung“ in erster Linie. Sie meint, es hätte wohl noch gemäßigt liberaler Mann, aus Furcht, das Zentrum könnte sonst in die Stichwahl kommen, gleich im ersten Wahlgang für den freisinnigen Kandidaten gestimmt. Sonst erdrehen die Blätter mehr oder minder ausführlich auch den Versuch der Christlich-Sozialen, sich mit Zentrum und Nationalliberalen auf die Kandidatur des Prof. Franke von der „Sozialen Praxis“ zu einigen. Man kann doch nur wünschen, daß die großen bürgerlichen Parteien detartigen Versuchen in Zukunft vorzuziehen gegenüberstehen, als das in Hagen geschehen zu sein scheint. Einen sichereren Weg als diesen, der Sozialdemokratie das Mandat in die Hände zu spielen, gab's ja gar nicht. Man muß doch immer damit rechnen, daß Wähler Menschen und keine Schachfiguren sind. Und für einen Kompromisskandidaten, der sich mehr gegen den Freisinn als gegen die Sozialdemokratie gerichtet hätte, hätte wohl kein Gott die Hageners Freisinnigen in der Stichwahl an die Hand gebracht. Jetzt ist doch wenigstens Aussicht vorhanden, daß ein 40-jähriger Besitz dem Bürgerthum erhalten bleibt.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 21. Juli 1906.

Die Eisenbahnen der Erde.

Nach einer im Archiv für Eisenbahnen veröffentlichten Uebersicht waren am Ende des Jahres 1904 auf der ganzen Erde 886 313 Kilometer Eisenbahnen vorhanden. Die Bautätigkeit war im Jahre 1904 lebhafter als in den Vorjahren. Der Zuwachs betrug 26 958 Km. gegenüber 21 319 im Jahre 1903 und 21 461 im Jahre 1902. Wie fast in jedem Jahre wurden die meisten Eisenbahnen in den Vereinigten Staaten von Amerika neu erbaut; die Erweiterung des Netzes betrug 9538 Km. Einen besonders starken Zuwachs zeigten auch die Eisenbahnen in Mexiko, Brasilien und Argentinien mit 2769, 1671 und 2594 Km. Das europäische Bahnnetz hat sich um rund 5000 Km. vergrößert. Von allen fünf Erdteilen hat Amerika die meisten Eisenbahnen, nämlich 450 474 Km. Dann folgt Europa mit 305 407 Km., sodann Asien mit 77 208 Km., Australien mit 27 062 Km. und Afrika mit 26 074 Km. In der Reihenfolge der wichtigeren Staaten hat nach den Vereinigten Staaten mit 344 172 Km. das Deutsche Reich mit 65 564 Km. die beträchtlichste Eisenbahnlänge. Hierauf folgt das europäische Russland einschließlich Finnland mit 54 708 Km., Frankreich mit 45 773 Km., Britisch-Ostindien mit 44 352 Km., Oesterreich-Ungarn mit 39 168 Km., Großbritannien und Irland mit 36 297 Km. und Kanada mit 31 554 Km. Die übrigen Staaten bleiben alle unter 20 000 Km. Auffallend gering ist der Fortschritt des Eisenbahnbaues in Großbritannien. Dort sind im Jahre 1904 nur 149 Km. Eisenbahnen hinzugekommen, während in derselben Zeit im Königreich Preußen, das an Flächenausdehnung dem britischen Inselreich nahezu gleichkommt, 656 Km. Bahnen neu gebaut worden sind. Nach dem Verhältnis des Eisenbahnnetzes zum Flächeninhalt der Länder nimmt das Königreich Belgien mit 23,9 Km. auf 100 Qm.-Fläche die erste Stelle ein. Sodann folgt Sachsen mit 19,8, Baden mit 13,9, Elsaß-Lothringen mit 13,6, Großbritannien mit 11,7, Württemberg mit 10,2, Bayern mit 9,8 und Preußen mit 9,6 Km. auf 100 Qm.-Km. In den Vereinigten Staaten stellt sich das Verhältnis auf nur 4,4 Km. zu 100 Qm.-Km.; unter den außereuropäischen Ländern stehen sie indes noch am günstigsten da. Die Anlagelosten aller Eisenbahnen der Erde berechnen sich nach einer Schätzung auf rund 178 Milliarden M., wovon auf Europa 90 Milliarden und auf die übrigen Erdtheile 88 Milliarden entfallen.

Arbeitskammern.

Wie die „Soziale Praxis“ schreibt, hat der Ausschuss der Gesellschaft für soziale Reform sich für paritätisch zusammengesetzte Arbeitskammern ausgesprochen und ihnen folgende Aufgaben zugewiesen:
1. Als Interessensvertretung stellt die Arbeitskammer Anträge zur Wahrung der Berufsinteressen der gewerblichen Lohnarbeiter an die staatlichen und kommunalen Behörden und Parlamente, sie erstattet Gutachten an die Behörden in allen die besonderen Interessen der Arbeiter betreffenden Angelegenheiten, berichtigt periodische Berichte über die Arbeitsverhältnisse im Bezirk

der Kammer und leistet Hilfe bei statistischen Erhebungen über diese Verhältnisse. 2. Als Einigungsamt beugt die Arbeitskammer Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis vor, sie übernimmt die Vermittlung nach dem Ausbruch solcher und sucht auf Abschluss von Tarifverträgen hinzuwirken. Bei der Feststellung des Tarifvertrages leiht sie ihre Mithilfe, wenn diese nachgesucht wird. 3. Als Hilfsstelle der Verwaltungsbehörde hat die Arbeitskammer bei der Arbeitsvermittlung, der Durchführung der Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung mitzuwirken. Bei der Arbeitsvermittlung werden ihre Aufgaben in der Uebernahme von Verwaltungsfunktionen, bei der Arbeiterschutzgesetzgebung in der Unterstüßung der Gewerbe-Aufsichtsbeamten bei ihrer Kontrolle der Gesetzesausführung zu bestehen haben. Hinsichtlich der Arbeiterversicherung wird in Erwägung zu ziehen sein, ob die Arbeitskammern nicht so zu organisieren sind, daß sie, wenn der Plan zur Vereinfachung der Organisation der verschiedenen Zweige der Arbeiterversicherung zur Ausführung reif ist, als der Unterbau unter berufsmäßiger Leitung, der die sozialpolitische Gesetzgebung innerhalb beschränkter Verwaltungsbezirke in erster Instanz auszuführen hat, dienen können, dessen Schaffung von dem Staatssekretär des Innern, Graf v. Posadowski, im Reichstag am 2. März 1905 als eine Aufgabe der Zukunft bezeichnet worden ist. 4. Bei der Feststellung der Aufgaben der Arbeitskammern geht der Ausschuss von der Ansicht aus, daß, soweit Lohnarbeiter in Frage kommen, die Organisation der Kammer nur gewerbliche Arbeiter, dabei aber auch die in fiskalischen Betrieben beschäftigten, umfassen soll. Der Ausschuss hält es aber für notwendig, doch auch für die andern Kategorien der Arbeitnehmer, insbesondere für die Handlungsgehilfen und die Privatbeamten, zur Vertretung ihrer Interessen geeignete Institutionen geschaffen werden.

Zur Frage des Umbaus der „Hohenzollern“

Schreiben die „Berl. Neuzeit. Nachr.“: „Die Kaiserjacht „Hohenzollern“ liegt, wie der „Freis. Ztg.“ aus Kiel geschrieben wird, gegenwärtig auf der Kieler Reichswerft. Sie wird im Innern auseinandergeschlagen, abgesehen alle Teile noch neu aufgeschoben. Dies gilt insbesondere von den austrangierten Kesseln. Ueber den erforderlichen Umbau der „Hohenzollern“ haben wir mehrfach berichtet. Die „wie neu aussehenden“ jetzt austrangierten Kessel des Schiffes sind seit der ersten Indienststellung der Jacht im Jahre 1892 im Gebrauch, an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt und bedürfen des Ersatzes, um die Jacht überhaupt weiter unter Dampf halten zu können. Mit dieser Kesselneuerung gehen im Schiffsinne einige Umbauten Hand in Hand. Auch über die Notwendigkeit der letzteren sind mehrfach von amtlicher Stelle aus Erklärungen im Reichstage abgegeben worden. Sie sind notwendig, um dem Schiffe mehrere Sicherheitsknoten einbauen zu können, da die Jacht in ihrem gegenwärtigen Zustande nicht mehr bei etwaigen Havariefällen eine erforderliche Sicherheit für die Schwimmsicherheit gewährleistet, die um so mehr gesichert werden muß, als es sich bei den Reisen der Jacht um eine direkte Vorfrage für die Person des Kaisers handelt. Ferner schreibt die „Freis. Ztg.“: „Auf seiner Nordlandreise benutzte der Kaiser bekanntlich gegenwärtig die der Hamburg-Amerika-Linie gehörige „Hamburg“, für die täglich 17 000 M. Miete gezahlt wird. Hierbei wird übersehen, daß

Tagesneuigkeiten.

Das Besitzt der Kaiserin Eugenie. Mit dem Schloß Arenenberg, das die Kaiserin Eugenie an Frankreich geschenkt hat, sind auch kostbare Kunstwerke in den Besitz des französischen Staates übergegangen, da die Königin Hortense in diesem Schloß alle Erinnerungen an ihre Mutter, die Kaiserin Josephine, gesammelt hatte. Diese wertvollen Reliquien sind jetzt nach dem Schloß Malmaison gebracht worden, der einstigen Lieblingsresidenz der Kaiserin; hier sollen sie wieder wie ehemals aufgestellt werden, als Josephine in diesen Räumen ihren kaiserlichen Gemahl und die Gesellschaft von Paris empfing. Es sind hauptsächlich Möbel, in schönstem Empirestil ausgeführt, Gemälde, Kunstgegenstände aller Art bis zu den großen Vasen, die einst das Vestibül schmückten, und bis zum Tafelservice herab. Eine der kostbarsten Reliquien dieser Sammlung ist ein kleiner niedriger Sekretär, der von allen Seiten fest verschlossen ist und an dem man erst nach langen Nachforschungen ein winziges Schloß entdeckt. In diesem winzigem beschlossenen Kasten, der mehr für die Schmuckschätze einer Dame geeignet zu sein scheint, bewahrte Napoleon seine geheimen Staatsdokumente und auf tragte stets den Schlüssel dazu bei sich. Ein Bruchstück damaliger Kunstfertigkeit ist das herrliche Bett der Königin Hortense aus Mahagoniholz mit einem Dekor von Goldbronze. Einige Flacons und kleine Vasen aus Sevres-Porzellan, die die Initialen L. B. zeigen, verraten, daß sie der schönen Josephine bereits gehörten, als sie noch die Gemahlin Beauharnois' und noch nicht die Frau des mächtigen Kaisers war. Unter den Gemälden der Kaiserin Eugenie befinden sich auch sechs vorzügliche Porträts von ägyptischen Herrschern, die Bonaparte während seines Feldzugs nach Ägypten durch einen der mitgenommener Künstler hat ausführen lassen. Zwar ist der Name des Malers unbekannt, doch sind es ganz vorzügliche Kunstwerke. Fast des Geschehenes der Kaiserin ist es nun möglich, das Heim Josephines, von dem ein ganzer neuer Stil des Kunstgewerbes

seinen Ausgang nahm, ziemlich vollständig in ihrem alten Liebhabersitz wieder aufzubauen. Ihr Schlafzimmer mit dem goldenen Schwanenbett, in dem sie starb, ist ganz vollständig; ebenso der große goldene Saal. Auch die anderen Säle werden bald ganz wieder gefüllt sein, da der Louvre einige Stücke, so besonders ein paar schöne Marmorbüsten, aus dem Vestibül wieder bergibt. So ist durch die Großherzigkeit der Gattin des zweiten Napoleon der Gattin des ersten Napoleon ein schönes Erinnerungsdenkmal geschaffen worden.

Ein russischer „Militärstreik“. Eine Szene von Meutereien, die unter den russischen Soldaten ausgebrochen waren, erzählt Gabriel Bertrand in der „Petite Republique“: „An einem Morgen um sechs Uhr versammelten sich die Soldaten der Garde-Artillerie von Tiflis, die bei den weiten Pulvermagazinen der Festung lagern, auf dem großen Kasernenhofe vor dem Haus, in dem die Offiziere wohnen, und beschließen einen sofortigen Streik. Ein Leutnant, der durch den Lärm erwacht ist, wickelt sich hastig in seine Uniform und will nachsehen, was diese merkwürdige Ansammlung und diese Unruhe bedeute. An der Schwelle des Hauses halten ihn Soldaten fest. Der Leutnant darf nicht aus dem Hause heraus. Er tobt und flucht, er sucht den Leuten das Ungehörliche ihrer Benehmens klar zu machen. Sie bleiben dabei, daß sie gegen den Streik proklamiert worden ist und sie keine Vorgesetzten mehr haben, auch niemanden durchlassen dürfen. „Ihr macht also Revolution?“ schreit der Leutnant. „Ja, aber keine politische Revolution. Wir streiken.“ Während der Leutnant noch mit den Soldaten unterhandelt, erscheint ein Oberst, das Gefolge gerietet, den Streik zu unterdrücken, und fährt mit wütenden Geberden auf die Soldaten zu. Diese umringen ihn und lassen ihn nicht durch. „Was! Also Rebellion!“ ruft der Oberst. „Geht frucht! Ich will durch oder ich lasse auf die Meuterei schießen.“ Kein Soldat rührt sich, aber die Gesichter werden drohend. Der Leutnant beruhigt den Obersten; er stellt ihm das Verwehrene ihrer Situation vor und macht ihm klar, daß, wenn schon Feuer gegeben werden sollte, die Geschütze nur gegen die Offiziere gerichtet sein würden. Er

rät, mit den Soldaten zu verhandeln. Die andern Offiziere stimmen bei. Der Leutnant wird zu den Soldaten geschickt, um sich nach ihren Beschwerden und den Gründen ihres Streiks zu erkundigen. „Die politische Revolution ist noch nicht beschlossen“, antwortet ihm der Stimmführer. „Wir streiken, weil unsere Ansprüche nicht befriedigt werden. Wir haben Ansprüche auf Decken; der Jar hat sie besetzt. Man hat sie auch geliefert, aber der Oberst X. hat sie vor drei Wochen verkauft. Wir kennen den Käufer und die Summe, die er gegeben hat. Wir haben Ansprüche auf Stoffe und man gibt uns nur Kohlenstaub. Unsere Kohle ist von dem Hauptmann X. verkauft worden. Wir haben Ansprüche auf Acker. Er ist von dem General X. unterschlagen worden. Wir kennen für das alles die Beweise beibringen. Früher mußte man das hinnehmen, aber jetzt fordern wir Gerechtigkeit so gut wie die Bürger.“ „Der Leutnant verspricht ihnen völlige Genugtuung und darauf ist der Streik beendet.“ „Aber“, sagt der Stimmführer, „wenn man uns noch weiter beschließt, dann werden wir den politischen Streik, den Streik durch die Revolution, aufnehmen. Die Beschwerden der Soldaten wurden angehört und die von ihnen namhaft gemachten Offiziere erschienen nicht mehr in der Kaserne.“

Eine Pantherjagd im Schlafzimmer. Ein gefährliches Abenteuer mit einem Panther erlebte der Oberleutnant R. u. B., der in Akababad in Indien steht. In seinem „Bungalow“ war bereits ein Panther gefangen worden, doch vermutete der Oberst, daß das Tier der gezähmte Panther eines Kameraden wäre. Als er aber in das Haus trat, sah er in dem daneben liegenden Schlafzimmer einen gewaltigen Panther. Er schloß die Tür und zielte durch eine kleine Oeffnung, feuerte und verwundete das Tier. Der vor Schmerzen rollende Panther ließ nun mit einem einzigen Sprung die Tür auf, sprang mit einem Satz auf Munde los und verfrachte ihn um laun eine Fußbreite. Mit einem Kameraden suchte man Munde das ganze Haus ab, um den Panther aufzufinden. Schließlich stießen sie auf das Tier, das sich in einem leeren Raum hinter einem Haufen von Matten verborgen hatte. Der Oberst legte darauf eine Leiter an das Fenster dieses Raums, um dort hin-

von einer Mehrbelastung des Marinestals keine Rede ist, denn die vorgesehene Instandhaltungskosten für die in der Reparatur befindliche „Hohenzollern“ fallen fort. Auch eine verstärkte Personalbeschäftigung durch die Einstellung der „Hamburg“ als gegenwärtige Macht findet nicht statt, da Stadt und Besatzung der „Hohenzollern“ für die Dauer dieses Staatsjahres auf die „Hamburg“ übergegangen sind.

Berlin.

Betreffs der Nachrichten über eine Auffstellung Dr. Haffke im 10. sächsischen Wahlkreise Dresden behauptet die „Dresd. Ztg.“, daß es sich um eine leere Kombination handle. Führende politische Persönlichkeiten des Wahlkreises seien der Ansicht, daß Professor Haffke, trotz seiner mannigfachen Verdienste um die nationalen und liberalen Bestrebungen, nicht der geeignete Mann für diesen Wahlkreis sei, da es mehr auf die Betonung der liberalen Programmpunkte, als auf die der alldeutschen ankomme. Erwähnt mag dazu die Mitteilung der „Leipz. R. N.“ sein, daß in „entschieden liberalen Kreisen Dresdens“ schon längst der lebhafteste Wunsch bestehe, den Syndikus des Verbandes sächsischer Industrieller, Dr. Strzeßmann, in den Reichstags zu schicken, weshalb voraussichtlich mit einer Kandidatur Strzeßmann zu rechnen sein würde. Andererseits wird verbreitet, Professor Haffke würde eine Kandidatur nur annehmen, wenn sich alle bürgerlichen Parteien auf ihn vereinigten. Als freikonservativer Kandidat wird Bürgermeister Räder-Kochwein genannt. Auch die freisinnige Volkspartei verfehlt nicht, sich zu melden; die „Bitterer Morgenzeit.“ schreibt: „Da sich der verwalte Wahlkreis selber jahrelang in freisinnigem Besitz befand und nachdem die letzte Reichstags-Errückung in Chemnitz deutlich bewiesen hat, daß ein entschieden freisinnig-demokratischer Kandidat allein in der Lage ist, der Sozialdemokratische Stimmen zu entziehen, dürfte ein selbständiges Vorgehen der Freisinnigen auch hier wohl zu empfehlen sein.“ Der letzte freisinnige Vertreter des Wahlkreises war 1884 Dr. Braun-Wiesbaden. Das Mehrheitsorgan, die „Leipziger Volkszeitung“, hat nicht ganz unwech, wenn es zu solcher Persönlichkeiten im bürgerlichen Lager sagt: „Das kann gut werden! Wenn der Kreis der Sozialdemokratie nicht über wäre, könnten die Gegner schließlich in Dresden ein zweites Mena-Ferlosch erleben.“ Uebrigens muß man berücksichtigen, daß in den wenigen Tagen seit dem Tode des Abg. Grünberg eine Klärung noch kaum möglich war.

Deutsches Reich.

* Berlin, 20. Juli. (Der Reichstagsler) wird, wie der „Voss. Ztg.“ aus Nordrhen geschrieben wird, seinen dortigen Aufenthalt bis zum 25. September ausdehnen. Es heißt, daß der Kaiser nach Beendigung der Nordlandreise den Reichstagsler noch einmal auf Nordrhen besuchen wird.

— (Zum Tode Dr. Sallers) erzählt man, daß eine akut aufgetretene Augenentzündung seinem Leben ein Ende gemacht. Seine Herdenkrankheit hätte sich noch lange hinziehen können.

— (Für die Reichstagserversammlung in Stade-Bremervörde) wollen die Nationalliberalen an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Dr. Sallers den Verleger des „Hann. Kur.“ Dr. Max Jänke als Kandidaten aufstellen.

— (Zum Fall Vögeli) hatte, wie erinnert, die „Zögl. Rundschau“ behauptet, der Verzicht des Professors v. Vögeli auf die bereits zugesagte Vorlesung an der Berliner Handelshochschule wäre aus den Wünschen des akademischen Senats und der juristischen Fakultät, die sich beide mit der Frage der kombinierten Lehrtätigkeit an Universität und Handelshochschule befaßt hätten, juristisch zu erklären. Diese Annahme bezeichnet Professor v. Vögeli jetzt in einer Zuschrift an das Blatt als durchaus richtig. Er habe vielmehr den Verzicht ausgesprochen, weil nach seiner rechtlichen Überzeugung die Kabinettorder von 1899 auf den gegebenen keine Anwendung finden könne, und weil die scharfe Fassung des an ihn gerichteten Ministerialerlasses (1) ihm das Aufgeben dieses Standpunktes unmöglich mache. Eine Intervention der Berliner Universität in der Angelegenheit habe nicht stattgefunden. Allerdings habe Herr v. Vögeli die Abhaltung der Vorlesung nicht verbotenen, er habe von ihm nur auf Grund einer benachteiligten Kabinettorder die Einholung einer besonderen Erlaubnis für das beabsichtigte Kolleg von wöchentlich einer Stunde verlangt. — Das bedeutet also doch einen neuen Lapfus des Herrn v. Studt.

Ausland.

* Spanien. (Die Nachricht vom Abschluss des spanisch-amerikanischen Handelsvertrags) wird von der hiesigen Presse mit großem Jubel aufgenommen. Man glaubt zuversichtlich, daß nun auch die übrigen Vertragsmächte die zweite Kolonne akzeptieren werden. In den Kreisen dieser erregt H. „Frfr. Ztg.“ die Meldung größte Ueberraschung und Enttäuschung, weil man nicht an eine Bereitung auf das Tier zu denken, aber der Panther sah ihn und sprang durch die offene Tür. Nun begann eine wilde Jagd, während deren es endlich gelang, das Tier tödlich zu treffen.

— Gabriele d'Annunzio als Erfinder eines Automobils. Der vielseitige italienische Dichter d'Annunzio, der sich schon auf so verschiedenartigen Gebieten versucht hat, scheint jetzt an der Tätigkeit eines Erfinders Gefallen zu finden. Wie er in einem Interview erzählt, wird er die Welt, die die unüberwindlichen Vorgänge seines kosmischen Wassers noch nicht einmal recht begriffen hat, bald durch eine neue Erfindung in Staunen setzen, und diesmal hat er sich auf ein Gebiet begeben, das ihm viel ferner liegt als die Schönheitspflege des geistigen und körperlichen Menschen. Er will den vielen Erfindungen, die die Automobilindustrie hervorgerufen hat, eine neue hinzufügen: Er hat das ideale Automobillrad konstruiert! Dieses Rad macht zunächst die Gummireifen, die häufig ein solches Peras für die Automobilfabrik sind und leicht eine „Panne“ verursachen können, überflüssig; es erhält vielmehr durch starke Verbindungen eine solche Stabilität und bestet dabei zugleich eine solche Leichtigkeit und Elastizität, daß es voraussichtlich für den Automobilsport einen reichen Gewinn bedeuten wird. d'Annunzio steht bereits mit einer Automobilfirma in Unterhandlungen, die sein Patent verwerten will.

— Fünf Millionen gegen den Alkohol. Eines der größten Vermögen, das je für einen gemeinnützigen Zweck hinterlassen wurde, ist jetzt der Mäßigkeitsbewegung in England zugefallen. Es ist dies eine Summe von 5.000.000 £., die der verstorbenen John Croxle in London, einer der Direktoren der Temperanz

gesellschaft der Vereinigten Staaten gläubig und die diesbezüglichen Versicherungen Spaniens für ein taustliches Manöver hielt.

* Großbritannien. (Militärhaus.) Im weiteren Verlauf der gestrigen Sitzung wurde das in die Budget angenommen. Es verläutet, daß sich das Haus am 4. August bis zum 23. Oktober vertagen wird.

* Rußland. (Der Zar und das Ausland.) In russischen Hofkreisen wird lebhaft kommentiert, daß mehrere Persönlichkeiten aus der Umgebung des Zaren plötzlich und größtenteils ohne ihre Familien ins Ausland abreisen. Es verläutet, daß einige dieser Persönlichkeiten aus der Zarensuite, so der Oberhofmarschall Fürst A. S. Dolgorukij, Chef der Petersburger Schloßverwaltung, Generalleutnant S. I. Speranski usw. mit besonderen Missionen betraut sind.

* Mexiko. (Das Vorgehen der Regierung gegen die „Geheime Gesellschaft“.) Eine Depesche aus El Paso in Texas meldet: Der Gouverneur des mexikanischen Staates Sonora sei dort auf der Fahrt nach Mexiko durchgereist. Er wolle mit dem Präsidenten Diaz u. a. über Maßnahmen beraten, um den von der geheimen Gesellschaft Mexikos angeregten und in den Grenzgebieten vorbereiteten Gewalttätigkeiten gegen die Nordamerikaner vorzubeugen.

Badischer Landtag.

1. Kammer. — 34. Sitzung.

(Von unserem Karlsrüber Bureau.)

→ Karlsruhe, 21. Juli.

Präsident Prinz Karl eröffnet 10 Uhr die Sitzung. Am Regierungstisch Finanzminister Becker und Regierungskommissare.

Auf der Tagesordnung steht die Beratung der Vermögenssteuer.

Bei Beginn der Sitzung sind 18 (17) Redner gemeldet. Den Bericht der Kommission erstattet

Geb. Rat Kowals.

Redner verbreitet sich zunächst über die Vorgeschichte der Vorlage. Die Ertragssteuer waren mit erheblichen Mängeln behaftet, da sie eine gleichmäßige Erhebung der Vermögenssteuer ausschloßen. Darum ist schon 1884 die einstige Einführung der Vermögenssteuer als erstrebenswerthes Ziel bezeichnet worden; 1896 trat die Regierung an die neue Aufgabe heran. Es erfolgten Denkschriften und partielle die Vermögenssteuer vorbereitende Gesetze. Den Schlusssatz bildet die Vorlage des gegenwärtigen Gesetzesentwurfes. Bei Betrachtung dieser Dinge drängt sich eine recht eigentümliche Wahrnehmung auf: die zweite Kammer stimmte der Vermögenssteuer mit warmem Entschluß zu, während die Erste Kammer dieser Steuer stets feind entgegentrat. Die Kommission ist nun in der Lage, Ihnen Kraft einer ausführlichen Mehrheit (12 : 4 Stimmen) die Annahme des Gesetzes vorzuschlagen. Trotz eines Zeitraumes von nur 4 Wochen ist das Gesetz gründlich beraten worden, ja manchen Mitgliedern zu gründlich. (Heiterkeit.) Das Zustandekommen der Vermögenssteuer liegt sowohl im Staats- als im Gemeindeinteresse; sie ist nötig infolge der gespannten Finanzlage. Früher schaute ja der Staat aus dem Vollen; wir bedauern diese Opulenz keineswegs. Der Staat soll in weitestem Maße seinen Aufgaben gerecht werden. Der Staat muß eine starke Steuerlast ertragen, deshalb ist es nötig, die gesteigerten Grund- und Haussteuer, die langsam stetig latent gemehrt sind, hervorzubohlen und zu erwidern. Deshalb hat die Kommission verjucht, soweit als möglich die Beschlüsse der anderen Kammer aufrecht zu erhalten.

Ohne weiteres zuzugeben ist, daß die Prinzipien einer reinen Vermögenssteuer nicht völlig gewahrt sind. Es fehlt vor allem der volle Schuldenabzug, die einheitliche Progression, eine einheitliche Veranlagungsmethode und eine gleichmäßige Belastung. Den Finanzvorberatern wird ja diese Vermögenssteuer großer Kopfzerbrechen machen; allein wir sollen uns in unseren Beschlüssen durch keinerlei Dogmatismus beeinflussen lassen. Die Kommission ist damit einverstanden, daß nur ein teilweiser Schuldenabzug stattfindet. Es spricht hierfür der praktische finanzielle Gesichtspunkt aber auch ein prinzipieller. Die Besteuerung soll sich nicht nur richten nach der Leistungsfähigkeit, sondern auch nach dem Interesse der Steuerpflichtigen. Der Schuldenabzug soll bis zur Hälfte des Aktivvermögens zulässig sein. Der Grund- und Hausbesitzverein empfiehlt einen progressionalen Schuldenabzug. Dieser würde wohl den Hochverpflichteten zu Gute kommen; allein es könnte dann niemand seine vollen Schulden abgeben. Die Regierungsvorlage verdient deshalb den Vorzug, weil sie dem größten Teil aller Steuerpflichtigen den vollen Schuldenabzug gewährt. Den vollen Schuldenabzug für Kreis- und Gemeinden hat die zweite Kammer gestrichen; Ihre Kommission hat trotz Widerstrebens den Strich belassen, dagegen den Gemeinden und Kreisen in mehreren Fällen Steuerfreiheit gewährt. Nach der Regierungsvorlage dürfen nur Kapital- und Rentenschulden abgezogen werden; hingegen hätte die Kommission große Bedenken, die sie aber schließlich fallen ließ. Die Zukunft wird hier die nötigen Lehren geben. Soll nun der Geschäftsmann seine aus dem laufenden Geschäftsbetrieb herrührenden Schulden nur am Vermögen oder auch an den Rohmaterialien und Warenbeständen abziehen können? Die Regierung schlug letzteres vor, allein die zweite Kammer negierte einen solchen Abzug und

Restaurantsgesellschaft „Blauer“ den wesentlichen Methodisten für den gedachten Zweck zugewiesen hat. Unter den von ihm getroffenen Verfügungen befindet sich die Aufstellung von drei Wanderlehrern, die im ganzen Lande Vorlesungen über die Temperenz halten sollen, und deren Gehalt für den Hauptredner mit 700 Pfund Sterling (15.000 Mk.) und für die zwei anderen Redner mit je 500 Pfund Sterling pro Jahr ausgesetzt ist. Von den Zinsen des Kapitals sollen außerdem jährlich bis zu 500 Pfund Sterling verwendet werden, um die Verleihung von Schenklizenzen an Theatern, Musikhallen und neue Wirtschaften zu verhindern; 1000 Pfund Sterling sollen an wesentlichen theologischen Lehranstalten jährlich für Unterweisungen in dem Gegenstande der volkswirtschaftlichen Arbeit, und 500 Pfund Sterling jährlich auf den Veranstellungen für wesentliche Mädchen für denselben Zweck verwendet werden.

Vermischtes.

— Schiffsunfall. Im Hafen von New York liegen die Dampfer „Perle“ und „Thomas“ in einem unruhigen Meer. Die Gewalt des Sturms war so heftig, daß die beiden Dampfer in einander stießen und die „Perle“, die ein 15 Fuß breites Loch bekam, am Sinken verhindert und den Passagieren die Möglichkeit gab, auf den anderen Dampfer überzuspringen. Niemand kam ums Leben.

— Für 30.000 Mark Beispielle beschlagnahmt. Die hiesige Kriminalpolizei durchsuchte eine auf sechs Personen bestehende Heiler- und Heilbesonde. Bei einem Produktionsänderer wurden für dreihundert Mark wertvolle Beispielle beschlagnahmt.

gewährte nur den Abzug am Barvermögen. Die ganze Sache hat nur für die Gemeindebesteuerung Bedeutung, keinesfalls für die Staatskasse. Die Kommission hat sich hier dem Beschlusse der zweiten Kammer gefügt, gerade deshalb, weil hierauf die zweite Kammer großen Wert legt. Eine Abschreibung am Schätzungswert der klassifizierten Gebäude und einzelnen Objekten hatte die Regierung nicht vorgelesen, und auch ein großer Teil war der Meinung, daß nur solche Abschreibung unnötig sei. Zu hohe Schätzungen sind ja heute ausgeschlossen durch die beweglichen Kotaster; allein die Abschreibung läßt sich rechtfertigen mit dem Hinblick auf die geringere Ertragsfähigkeit der landwirtschaftlichen Grundstücke und mit der öfteren tatsächlichen Uebererschätzung derselben. Aus diesem Gesichtspunkt heraus läßt sich aber nur eine allgemeine und gleichmäßige Abschreibung — von 20 Proz. — wie wir vorschlagen — rechtfertigen. Unser Antrag kommt auch hier dem Verlangen der 2. Kammer entgegen, nur glauben wir, dieses etwas gerechter und folgerichtiger gestalten zu sollen. In Baden ist das landwirtschaftliche Betriebskapital von jeder Steuer frei gewesen; gerade mit Hinblick auf die vielen kleinen ländlichen Betriebe. Auch das vorliegende Gesetz wollte die Steuerfreiheit erhalten. Die 2. Kammer hat aber diese Freiheit nur bis zu einem Steuerwert von 20.000 belassen, dann aber eine Degression von 50—20.000 in Höhe von 50—20 Proz. eingeführt. Die große Mehrzahl der Kommissionsmitglieder nahm ganz entschieden daran Anstoß, daß die Haushaltsfabriksteuer geradezu als kulturwidrig bezeichnet wurde. Die Kommission bringt deshalb in Vorschlag, beide Vermögenarten sowohl der Haushaltsfabrik als der landwirtschaftlichen Betriebskapitalen steuerfrei zu lassen. Die Vermögenssteuer auf zweifelhafte eine Veranschlagung zu Gunsten des Gewerbes und der Industrie zufolge. Diese Entlastung solle nach dem Regierungsentwurf dem kleinen Gewerbe ungeschmähter zugute kommen; von 20.000 an aber sollte die gewerbliche Progression einsetzen. Die 2. Kammer hat die Progression bis auf 50 Proz. bei einem Gesamtwerte von 200.000 gesteigert. Eine so gesteigerte Progression rief aber die schwersten Bedenken in Ihrer Kommission hervor; sie geht über das Maß der Billigkeit hinaus, läßt sich nicht mehr mit dem Grundsätzen der Gerechtigkeit vereinen.

Es bleibt noch ein Wort zu sagen übrig über die eingelaufenen Petitionen. Die Anliegen der Petenten sind bei der Beratung gewürdigt worden, so daß wohl die Petitionen als erledigt betrachtet werden können. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß wir auf Grund der gemachten Vorschläge zu einem Einverständnis mit der 2. Kammer können. Wie wir vor zwei Jahren in den heißen Kämpfen über die Verfassungsreform zu einer Einigung mit der zweiten Kammer kamen, so sollte auch diesmal eine Einigung herbeigeführt werden.

24. Kommerzienrat Sauber.

Wenn wir die Ertragssteuer in ihrer Starrheit und mit ihren Ungerechtigkeiten beibehalten wollten, müßten wir der Vermögenssteuer in der Kommission zustimmen. Wir legen durch die Annahme des Gesetzes einen Schlüssel in der Geschichte der badischen Steuerreform. Wir können hier nicht von Siegern und Besiegten reden, Sieger ist einzig und allein die badische Bevölkerung. Ich empfehle Ihnen die Annahme des Gesetzes.

Überbürgermeister Winterer.

Das Gesetz kann und darf nicht mehr scheitern. Schaben hat das Gesetz sehr große, das ist nicht zu leugnen. Die Liberalen müßten wohl gegen das Gesetz eintreten, es ist aber praktisch und bringt uns einen Schritt vorwärts. Das Gesetz, das wir heute beschließen, nimmt auf die Schwächsten Rücksicht; besonders die Gemeinden sind es, welche den Vorteil des Gesetzes haben und geradezu auf das Zustandekommen des Gesetzes angewiesen sind. Ein weiterer Vorzug des Gesetzes ist die Gerechtigkeit, wie der Berichterstatter ja zur Genüge hervorgehoben hat. Daß das Gesetz etwas entlastet wird, ist nur gerecht; es hat ausgehalten, als die Veranlagung der Liegenschaften schon viel zu gering war. Der Vorzug des Gesetzes ist auch der, daß es die Frage des Wertzuwachses ruhig studieren lassen wird. Der Gedanke der Besteuerung des unbedienten Wertzuwachses ist ein gerechter; wenn wir das Gesetz heute annehmen, so tun wir einen Schritt vorwärts in dieser Richtung. Am besten werden vielleicht die Gegner des Gesetzes beweisen, dem Gesetz zuzustimmen, wenn sie sich überlegen, was geschieht beim Scheitern des Gesetzes. Der kleine Mann wird heute bis zum letzten Pfennig herangezogen, während die Besitzer von Liegenschaften einen ganz minimalen Steuerbetrag leisten. Das ist eine himmelstreichende Ungerechtheit. Die Liegenschaften zahlen heute das 9—12 und 13fache zu wenig, von dem noch sie eigentlich an Steuern zu leisten haben. Deshalb bitte ich Sie, Ihre Bedenken fallen zu lassen und das Gesetz mit maßgeblicher Majorität anzunehmen.

Freiherr E. W. von Goeler.

Ich bin ein entschiedener Gegner von der Vermögenssteuer wie sie uns vorgelegt worden ist. Die Befürchtungen, die ich schon früher ausgesprochen habe, sind hier, aufs höchste gehiebert, in die Wirklichkeit umgesetzt. Das Vermögen ist nicht der richtige Maßstab für die Leistungsfähigkeit eines Steuerzahlers, der richtige Maßstab liegt im Ertrag. Ich anerkenne gern, daß die Regierung, die 2. Kammer und unsere Kommission bestrebt gewesen sind, die Unbedenklichkeit des Gesetzes anzugehen, indem die Abschreibungen erfolgen, so jedoch, hier Progressionen, da Depressionen. Aber damit begibt man sich gerade auf den Boden der Willkür. Die Willkür und die Inkonsequenz haften gerade ungerecht

— Der letzte Wille Alfred Weils wurde gestiftet veröffentlicht. Neben vielen Vermächtnissen an Verwandte und Freunde und einer Anzahl von Legaten für gemeinnützige Zwecke hinterließ Weill 200.000 Pfund Sterling zur Begründung eines Eisenbahnpfandes zur Förderung von Eisenbahnen und anderen Einrichtungen für Verkehr, Warentransport und Nachrichtenübermittlung in Rhodesia, Deutsch-Ostafrika, Portugiesisch-Ost- und Westafrika und in anderen Ländern, durch welche die geplante Eisenbahnlinie vom Cap nach Kairo möglicherweise gehen werde. Ferner vermachte Weill seine bei Hamburg gelegene Wohnung „Berliner Häuser“ der Stadt Hamburg, damit sie für immer zum Besten der Hamburger Bevölkerung unterhandelt und ungeteilt erbliche werde. Sollten die Hamburger Behörden diese Bedingung für undurchführbar finden, so dürfen sie 20 Jahre nach des Erblassers Tode das Gut ganz oder teilweise verkaufen, um den Ertrag für Unterrichts- oder wohltätige Zwecke zum Besten des Hamburgener Staates zu verwenden. Ein in seinem Besitz befindliches Gemälde von Rembrandt vermachte Weill dem Königl. Museum in Berlin.

— Prinzessin Maria Beatrice von Savoyen, die Tochter von Don Carlos, Schwester des mit einem Malen verheirateten Prinzenin Edoardo, hat gegen ihren Willen, den Fürsten Fabrizio Massimo, Kuge auf Cetrone eingeklärt. Die näheren Gründe für diesen Schritt sind noch unbekannt. Das Haus Massimo ist die hervorragendste Familie der vatikanischen Schwarzem Kristallite und leitet mit etwas portulischen Ärgernisse eine Abkammerung von den antiken Hohliern ab. Der alte Fürst Massimo ist ein echt römischer Typ und begleitet noch heute mit Grandezza eine päpstliche Hausmacht.

Wesele an. Die Fehler der Veranschlagung der landwirtschaftlichen Eigenschaften, die viel zu hoch ist, liegt in der Grundbesitzverhältnisse. Es sind hier nicht Fehler im einzelnen, sondern die Veranschlagungsperiode sind nicht die richtigen gewesen. Es ist überhand die Frage, ob die Veranschlagung der landwirtschaftlichen Eigenschaften der richtige Maßstab ist für den Ertragswert derselben. Dieser Gedanke wird auch in der bayerischen Denkschrift über die Steuerreform angeführt. Wir waren in der Kommission damit einverstanden, daß hier eine Abschreibung stattfinden. Dagegen hatten wir Bedenken gegen die Degression; der große Landwirt zieht geringere Renten aus seinem Besitz als der kleine Landwirt, dann aber wurde bei der Veranschlagung dem vorzuziehenden Gut auf das geschlossene gefolgt, und so kam die zu hohe Veranschlagung. Es müßte eigentlich die Stala der zweiten Kammer umgürtet werden. Ich hätte lieber gesehen, wenn man einmal angemessene Schätzungsgründe belassen und nicht daran herumvariiert hätte; eine Variation hätte man besser beim Steuerfuß vorgenommen. Auch bei der Veranschlagung des Gewerbes wäre es besser gewesen, die 50 Proz. allgemein zuzuschlagen; statt dessen hat auch hier die 2. Kammer in sozialem Geiste gemacht. Daß die Progression auf 80 Proz. gesteigert wurde, erschien auch mir unbillig; es schien mir in dieser Steigerung eine gewisse Gehässigkeit gegen die Großindustrie zu liegen. Allein ich würde das Gesetz mit allen diesen Schwächen schießen. Entscheidend für mich ist, daß man hier keine Steuern aus dem Vermögen und nicht aus den laufenden Einnahmen zählen soll. Der Landbesitz rentiert mit 2-3 Proz., der Kapitalbesitz mit 3-4 Proz., der industrielle Besitz mit 5 Proz., und mehr, und doch muß jeder Besitz die gleichen Steuern leisten. Darin liegt eine solche Ungerechtigkeit, daß es mir unfaßbar ist, wie man zu einer solchen Steuer kommen konnte. Es liegt der Fehler im System. Die bayerische Denkschrift hat vollkommen Recht, wenn sie sagt, daß die Vermögenssteuer immer den am meisten drücken wird, dessen Vermögen am geringsten rentiert. Während der Industrie durch Schuldaufnahme keine Leistungsfähigkeit steigert, ist für den Landwirt eine Schuld stets ein Uebel; da die Schuldaufnahme höher ist als die Renten. Der Landwirt, welcher 25 Proz. Schulden hat, gibt schon die Hälfte seiner Rente hin, der Landwirt mit 40 Prozent Schulden ist ruiniert. Mit dem Schuldaufbau macht man billig den Großindustriellen und den Spekulant ein Geschenk, während er dem Landwirt fast nichts nützt. Erst derjenige, welcher 30 Proz. Schulden hat, hat einen Gewinn vom Schuldaufbau, während die anderen mehr verlieren, als sie erleichtert werden. Auch diese Erwägung läßt mich gegen das Gesetz stimmen. Nun wird die Frage: „Was dann?“ wenn das Gesetz abgelehnt wird. Ich kann ja den Standpunkt nicht einnehmen, daß wir unsere Kräfte nicht für die Regierung zu zerbrechen brauchen. Man möge die einzelnen Vermögenssteuern nach ihrem Ertrag erfassen, das ist dann die wirklich gerechte Besteuerung.

Ueberrbürgermeister Ved.
 Des Steuerdramas letzter oder vielmehr vorletzter Akt wird heute vollzogen; das Ende des Dramas ist ja nicht mehr zweifelhaft. In der Kommission sind der Abstimmungsqualifikation eine ganze Reihe von Anträgen der Freunde des Gewerbes und Industrie zum Opfer gefallen. Bei den parlamentarischen Verhandlungen hat zunächst der geringe Einfluß der städtischen Kreise sich her ergeben; diese Kreise haben sich als vollständig ohnmächtig erwiesen. Ihren berechtigten Interessen zum Durchbruch zu verhelfen. Mit Feuereifer hat der Finanzminister das Material gesammelt, um seine eigenen Kinder zu töten, und den Gegnern zum Siege zu verhelfen. Von Prauer wollte eine Erleichterung des Gewerbes da dieses ja durchgängig zu hoch katastriert war. Heute ist dieser Gedanke aber völlig ausgehen. Was den Gehaltentwurf anlangt, so ist dieser gewiß unter dem Druck der Verhältnisse im Landtage so gestaltet worden, wie er uns heute vorliegt. Wenn die Wissenschaft auch davon absieht, wie sie das Gesetz entwerfen soll, so wird sie doch keine Freude an diesem haben. „Der Gehaltentwurf enthält vieles von dem, was wir eigentlich nicht wollten, und nichts von dem, was wir wollten.“ Für das Gewerbe und Industrie ist es eine äußerst unglückliche Periode, in welcher sich das vorliegende Gesetz vollzieht. Es ist durchaus falsch anzunehmen, daß Gewerbe und Industrie im Gelde schwimmen; schon heute befürchten Hörerkreise wieder ein Absinken der günstigeren Konjunktur. Vom Standpunkte des Handels und der Industrie wäre es außerordentlich erwünscht gewesen, wenn dem Vermögenssteuergesetz eine Revision der Einkommensteuer vorgegangen wäre. Heute stellt sich der Vermögenssteuergesetzentwurf eigentlich als eine Antipipation der Einkommensteuerrevision dar. Man muß davon warnen, Gewerbe und Industrie besonders zu belasten. Die Mühlen- und Erdfossiliensteuer in Baden stellt ein recht warnendes Beispiel dar. Die Verbitterung bei den einzig und allein ausführenden Bankstellen ist es, welche bei der Errichtung großindustrieller Unternehmungen im Inlande oder Auslande ins Gewicht fällt. Trotz aller Bedenken gegen das Gesetz habe ich mich zu dem Entschlusse durchgerungen, für das Gesetz zu stimmen. Es ist ganz unabweislich, daß durch das Gesetz eine ganze Reihe von Ungerechtigkeiten beseitigt werden. Ein Scheitern des Gesetzes würde eine große Erleichterung der Finanzpolitik der Regierung herbeiführen; eine Erleichterung der Finanzpolitik würde eine solche Verschiebung der steuerlichen Belastung herbeiführen, die durchaus nicht im Interesse des Staates gelegen wäre. Alle diese Gründe bewegen mich, für das Gesetz allerdings nur in der Hoffnung der Kommissionsanträge zu stimmen.

Freiherr von Boecklin:
 Einor Vermögenssteuer könnte ich nur dann zustimmen, wenn sie auf den differenzierten Ertrag der verschiedenen Vermögen Rücksicht nehmen würde. Ein praktisches Interesse an der Vermögenssteuer hat nur der Besitzer einer solchen Vermögensform, welche den größten Ertrag liefert. Dieses Interesse hat aber das gewerbliche Vermögen, das den doppelten Ertrag liefert wie das landwirtschaftliche Vermögen. In der Industrie bedarf sich Ertrags- und Vertriebswert, anders liegt es bei der Landwirtschaft, wo noch ganz andere Momente mitwirken. Ich betrachte es daher nur, wenn das Prinzip der reinen Vermögenssteuer möglichst oft durchbrochen wird. Da ist zuerst zu nennen die gewerbliche Progression. Von der Rollage des Gewerbes wie bei der Landwirtschaft ist doch keine Rede. Die Leistungsfähigkeit des Gewerbes wächst mit der Kapitalkraft in zersplitterter Progression, und das ist es durchaus gerechtfertigt, wenn die erhöhte Ertragsfähigkeit des Gewerbes in erhöhtem Maße zur Steuer herangezogen wird. Während aber bei dem Gewerbe das erhöhte Kapital erhöhte Renten erbringt, so ist das bei der Landwirtschaft durchaus nicht der Fall. Deshalb haben wir auch die Degression auf Klassenweise Grundstücke wieder befestigt. Der ländliche Kleinbetrieb ist meistens dem Großgrundbesitz an Ertragsfähigkeit überlegen. Auch am Schuldaufbau hat die Landwirtschaft absolut kein Interesse. Es ist von einer Revision der Einkommensteuer die Rede gewesen; wir zahlen in Baden aber schon die höchsten Steuern. In Preußen kommt hier auf den Kopf 8,13 M., auf den Kopf in Baden aber 20,28 M. Darüber sollte man einmal der Bevölkerung die Augen öffnen. Im Prinzip bin ich gegen die Vermögenssteuer, da aber diese bei uns in oft durchbrochen ist, daß eigentlich nur noch die Ueberrichter: „Vermögenssteuer“ übrig ist, habe ich mich unter schweren Kämpfen entschlossen, für die Steuer zu stimmen.

Landgerichtspräsident Dörner:
 Ich halte das Zustandekommen des Gesetzes für unbedingt erforderlich und auch die Beschlüsse der Kommission für eine geeignete Grundlage, eine Einigung herbeizuführen. Wohl hätte ich gegen mancherlei Beschlüsse Bedenken, bei der gegenwärtigen Lage der Dinge sind aber weitere Ausführungen nicht angezeigt. Ich werde dem Gesetze zustimmen.

Bürgermeister Weiß:
 Ein anderer Staat wird in erster Linie darauf bedacht sein, den Forderungen, die an ihn gestellt sind, gerecht zu werden, selbst dann, wenn er gezwungen wäre, an die Bevölkerung ungewöhnlich hohe steuerliche Ansprüche zu stellen. Wenn bezüglich der Steuern auf Preußen hingewiesen wird, so darf man dessen produktive Einnahmen auf keinen Fall außer Acht lassen. Was die Frage anlangt, ob hier mit dem Gesetze der richtige Weg zur Ueberleitung von den Ertragssteuern zur Vermögenssteuer beschritten ist, so hat die Regierung praktischen Gesichtspunkten das nötige Augenmerk zugewendet. Und das ist m. E. das durchaus richtige. Ich vermag nicht einzusehen, warum die Vermögenssteuer auf den Ertrag Rücksicht nehmen soll. Es ist wohl an sich richtig, daß die Vermögenssteuer den am härtesten trifft, dessen Vermögen die geringste Rente abwirft; aber ebenso kann man sagen, die Einkommensteuer trifft den am härtesten, hinter dessen Einkommen kein Vermögen steht. Das unsichere Einkommen wird ebenso stark herangezogen als das sichere, dieser Mißstand soll durch die Vermögenssteuer kompensiert werden. Im Prinzip der reinen Vermögenssteuer liegt es durchaus nicht, daß jedes Vermögen gleich stark herangezogen wird zur Steuer. Die Änderungen der 2. Kammer sind zum Teil große Verschlechterungen. Allein ich würde sowohl den Beschlüssen der 2. Kammer wie denen der Kommission dieser Häuser zustimmen, denn die vorhandenen Ungerechtigkeiten wiegen lange nicht so schwer wie alle die Ungerechtigkeiten die im leiblichen Zustande liegen. Das Gewerbe durchgängig mit 50 Proz. Zuschlag zu belegen, wäre recht verfehlt; das kleine Gewerbe hat bisher sehr ungünstig laboriert, sobald ihm eine Entlastung zu gönnen ist. Dagegen rechtfertigt die Progression bei den größeren gewerblichen Betrieben; hier ist die 2. Kammer entschieden zu weit gegangen. Jedenfalls sollte hier eine Mittellinie der Verständigung unter den beiden Häusern gefunden werden. Anfangs bin ich ein Anhänger des Bezuges der Haushaltsfahrnisse gewesen; ich habe mich aber belehren lassen. Prauer selber ist ja die Haushaltsfahrnisse kein Teil des Vermögens; außerdem sind auch sonst recht erhebliche Bedenken. Einen wesentlichen Anstoß an der Freilassung des landwirtschaftlichen Betriebes vermag ich gleichfalls nicht zu nehmen; wenn die Landwirtschaft später leistungsfähiger geworden ist, wird es immer noch möglich sein, ihre Betriebskapitalien steuerlich zu erfassen. Nicht ungerne hätte ich gesehen, wenn die Strafbestimmungen für die Steuerhinterziehungen etwas härter gefaßt worden wären.

Geh. Kommerzienrat Koelle:
 In Industriekreisen kann man nicht verstehen, daß die landwirtschaftlichen Betriebskapitalien freibleiben und von den landwirtschaftlichen Grundstücken ein Abzug stattfindet, während die gewerblichen Betriebskapitalien voll zur Steuer herangezogen werden und außerdem bei den größeren Kapitalien eine Progression eintritt. Die Landwirtschaft ist durch die alte Einschätzung wesentlich im Vorteil gewesen, es ist nicht einzusehen, daß durch die gewerbliche Progression dieser Zustand akzentuiert werden solle. Mit der Industrie ist ein ganz beträchtliches Risiko verbunden; dieses Risiko darf nicht ganz in den Wind geschlagen werden. Das höhere Einkommen des Gewerbetreibenden wird ja schon heute durch die progressiv erstattete Einkommensteuer härter erfaßt. Der Gehaltentwurf begünstigt die Landwirtschaft, weshalb ich auch gegen alles gestimmt habe, was die Landwirtschaft begünstigt. Freilich wenn man nicht alles erreichen kann, muß man sich mit einem Teilerfolg begnügen, ich habe darum schließlich für das ganze Gesetz gestimmt. Die Tendenz, Handel und Industrie in Deutschland mit Lasten zu bepacken, ist ja gang und gäbe. Alle Industriunternehmen werden ja nicht ausnander; wenn es sich aber darum handelt, neue Unternehmungen einzurichten, wird man es sich wohl überlegen, ob man nicht im Auslande diese Unternehmungen und nur Filialen im Inlande erstellt. Eine conditio sine qua non ist für mich, daß die gewerbliche Progression bei 50 Prozent aufhöre und daß auch die Haushaltsfahrnisse steuerfrei bleiben.

Darauf wird um 1 Uhr die Debatte abgebrochen. — Nächste Sitzung: Heute nachmittags halb 4 Uhr.

2. Kammer. — 131. Sitzung.
 (Von unserem Korrespondenten Bureau.)
 Karlsruhe, 21. Juli.
 Erster Vizepräsident Dehner eröffnet 9 Uhr die Sitzung. Am Regierungstisch Minister von Marschall und Regierungskommissäre.
 Abg. Wildens berichtet über die verschiedenen Petitionen der Eisenbahnangehörigen und über die Anträge der Abgg. Beschold und Wenzen wegen Bewährung von Zenerungszulagen, der Abgg. Ruser u. Gen. wegen Erhöhung der Bezüge der Arbeiter in staatlichen Betrieben und für die nicht etatsmäßigen Bediensteten und wegen Revision des Gehaltstafels, der Abgg. Feltendach u. Gen. bezüglich der Dienst-, Lohn- und Altersversorgungsverhältnisse der Eisenbahnarbeiter, der Abgg. Ruser u. Gen. die Anträge für die Eisenbahnbediensteten betr., und endlich der Abgg. Beschold u. Gen. die tägliche Arbeitszeit der in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Beamten und die Anstellungs- und Beförderungsverhältnisse des Personals der Privatbahnen betr. Es handelte sich bei den Petitionen auch um solche um Bewährung von Zenerungszulagen, die durch die inzwischen erfolgte Erhöhung der händigen Löhne der Eisenbahner ihre Erledigung gefunden. Inbezug auf den Gehaltstafel, den der Antrag Ruser behandelt, spricht die Kommission die Erwartung aus, daß die Kammer diese Revision auf dem nächsten Landtag für geboten halte und im Anschluß daran zugleich eine durchgreifende Verbesserung der Bezüge der nicht etatsmäßigen Beamten für notwendig erachte. Inbezug auf die Anträge die Arbeiter betr. und die tägliche Arbeitszeit in den Staatsbetrieben betr. erachtet es die Kommission für geboten, denselben keine weitere Folge zu geben, dagegen die Regierung zu ersuchen, auf dem Gebiete der Dienstverleigerung des Eisenbahnpersonals mit Verbesserungen im einzelnen wie bisher fortzufahren und jede mit dem Dienstbetrieb vereinbare Mäßigung der Arbeitszeit durchzuführen. Was die Petitionen der Eisenbahnbeamten betrifft, so sei die Budgetkommission einstimmig der Ansicht, daß die Gehaltstafelreform eine Aufgabe des nächsten Landtags sein müsse, die Gehaltstafelreform sei immer größer geworden und wenn man auch die budgetmäßigen Dienstzulagen vermehrt und einzelne nachsehbarer Bezüge erhöht habe, so müsse doch viel zu geschieden haben; um so mehr müsse man bedauern, daß die Revision noch zwei Jahre hinausgeschoben werden müsse. Die Kommission habe diese Petition in entgegenkommender Weise behandelt und auch die Regierung habe sich bemüht, entgegenzukommen. Etwas mehr gefordert werden, daß dem höchst mangelhaften Dienstverleikommen aus der Wirtschaftsanbahn ein Ende bereitet werden müsse. In der eingehenden Weise seien die

Eisenbahnarbeiter-Petitionen behandelt und die Frage der Alfordarbeit geprüft worden. Wünschenswert sei vor allem auch, daß soweit zulässig, die Arbeiter dem Beamtenverhältnis näher gebracht würden. Fern habe die Kommission beschlossen, diese Arbeiterpetitionen der Regierung empfehlend zu überweisen. Die Einführung des achtstündigen Normalarbeitstages halte die Kommission nicht für möglich, wie überhaupt eine Schablonisierung auf diesem Gebiete zu erheblichen Ungleichheiten führen würde. Nur einsparungsweise könnten die Wünsche erfüllt werden. Die erste Aufgabe sei der Gehaltstafel und die Verbesserung der nicht statmäßig angestellten Bediensteten.

Abg. Schmidt-Karlruhe: Von Landtag zu Landtag seien die Petitionen wiedergekehrt, so daß man endlich daran denken müsse, die Wünsche zu erfüllen, die ja auch von der Regierung anerkannt würden. Mit der Revision des Gehaltstafels dürfe nicht mehr länger gewartet werden, wobei er wünschen möchte, daß in demselben nicht so viele Kleinliche Abänderungen gemacht würden. Mascher als irgend ein anderer Betrieb reibe der Eisenbahnbetrieb die Kräfte auf, so daß die etatsmäßige Anstellung nicht zu weit hinausgeschoben werden dürfe. Erwägend sei auch, daß die Dienstzeit als Hilfsbeamter nicht angedreht werde, was geradezu als eine Strafe anzusehen sei. Am Eisenbahndienst dürfe man die Bekleidung einer anschießigeren Rubrik nicht vom finanziellen Standpunkt aus beurteilen. Besonders übel besetzt sei aber das nicht etatsmäßige Personal, so sehr auch die Beförderung derselben in den letzten Jahren anzuerkennen sei. Unsere Arbeiterschaft sei eine Elitarbeiterchaft, frei im Beruf, deren Stabilisierung eine Aufgabe des Staates sein sollte, auch im Interesse des Betriebes selbst. Redner tritt sodann im einzelnen die bekannten Zentrumsanträge. Am schwierigsten sei die Regelung des Lohnverhältnisses, doch hoffe er, daß man auch im Staatsbetrieb zum Abschluß von Tarifverträgen kommen werde. Bedauern müsse er auch, daß bei Erlassung der neuen Lohnordnung die Arbeiteranzahl nicht gebürt worden seien. Die Stellengulagen sollten beseitigt und dafür die Grundlöhne erhöht werden. Redner bekämpft sodann das Alfordsystem, dessen Abschaffung endlich geboten erseheine.

Abg. Krüner (Soz.) beauftragt, daß die Anträge erst heute zur Beratung gelangen; das habe Mißstimmung hervorgerufen, die im Bericht ihre Begründung gefunden. Der gesteigerte Bedarf gegen früher sei auch nicht inbetracht gezogen worden. Schon auf dem letzten Landtag habe man von den neueren Lebensbedingungen gesprochen, aber nichts sei geschieden, und heute sei dies noch viel schlimmer durch die Vorträge und die neuen Steuern. Aber auch jetzt werde nichts geschieden. Der achtstündige Arbeitstag werde kommen, ob der bürgerliche Staat wolle oder nicht; der Staatsbeamte habe schon längst den achtstündigen Arbeitstag und dieser werde nicht eingehalten. (Seiterteil.) Redner erörtert sodann die Verhältnisse der einzelnen Beamtenkategorien. Die Bremser sollten endlich einmal etatsmäßig angestellt werden; hier sollte man sich Preußen zum Vorbild nehmen. In Freiburg sei ein Bremser mit 56jähriger Dienstzeit jetzt bei 88 Jahren mit 400 Mark pensioniert worden. Die Sparpolitik im Eisenbahndienst halte er für sehr bedenklich. Koch größer seien die Mißstände bei den Privatbahnen. Redner exemplifiziert wiederholt auf Freiburg, das sich der Staat als Beispiel in der Behandlung der Arbeiter nehmen könne.

Die Verhandlung wird nach 12 Uhr abgebrochen. Nächste Sitzung Montag, 23. Juli, 4 Uhr: Fortsetzung der heutigen Tagesordnung.

Aus Stadt und Land.

- * Mannheim, 21. Juli.
- * Versetzt wurde Stationsüberwarter Josef Tritschler in Tübingen unter Ernennung zum Güterexpeditor nach Heidelberg und Betriebsassistent Karl Hajenfuß in Billingen nach Donauwörth.
- * Unterrichts im Aufbeschlus. Der nächste Lehrkurs an den Aufbeschlusgulen zu Mannheim, Karlsruhe, Freiburg und Wehrloch wird am 1. Sept. l. Js. beginnen und vier Monate dauern. Gesuche um Aufnahme sind alsbald an den Vorstand derjenigen Schule zu richten, welche der Gesuchsteller besuchen will. Zur Aufnahme sind folgende Nachweise erforderlich: a) der Nachweis der mit Erfolg bestandenen Lehrzeit im Schmiedehandwerk, b) der urkundliche Nachweis, daß der Aufzunehmende bereits zwei Jahre als Schmiedegesse gearbeitet hat, c) die durch eine Prüfung nachzuweisende Fertigkeit, ein Hufeisen in zwei Rippen aus Stabeisen schmieden und einen Vierdeser zum Beschlage herzustellen und vollständig beschlagen zu können. Ferner hat jeder Aufzunehmende durch ein bürgermeisteramtliches Zeugnis oder durch sein Arbeitsbuch sein bisheriges Wohlverhalten nachzuweisen und glaubhafter Weise darzutun, daß er, seine Eltern oder der Vormund die Mittel aufbringen, um die auf ihn fallenden Kosten der Lehrzeit zu bestreiten. Weitere Auskunft über Kosten des Unterrichts und den Lehrplan erteilt das hiesige Bezirksamt.
- * Sein 50jähriges Jubiläum als Organist der Trinitatiskirche feiert morgen Herr Musikdirektor Hünlein. Der evangelische Kirchengemeinderat wird dem Jubilar aus diesem Anlaß eine Adresse überreichen. Herr Hünlein hat sich nicht nur während seines 50jährigen Wirkens als Organist sehr viele Verdienste erworben, sondern auch das kirchliche Leben innerhalb der evangelischen Gemeinde nach jeder Seite hin auf das eifrigste gefördert. Wir glauben deshalb im Sinne aller evangelischen Gemeindeglieder zu sprechen, wenn wir dem Jubilar, der 25 Jahre lang den Gottesdienst durch sein künstlerisches Spiel verschönt hat, noch eine recht lange Wirkamskeit zum Wohle der evangelischen Gemeinde wünschen.
- * 18. Kongreß des Verbandes Freier Vereinigungen selbst. Freireue und Berufenenmänner Deutschlands. Ausgestellt sind bei Dr. Solber, Kunststraße, die Ehrenpreise, welche für die Quarararbeiten-Ausstellung aus Anlaß dieses Kongresses im Volkshaus hier stattfindet. Die Stifter der Preise sind die Stadt Mannheim, die Handwerkskammer und hiesige und auswärtige bedeutende Firmen der Freireubranche.
- * Breibiger Kaiser von Heidelberg wird morgen, 22. Juli, nachmittags 3 Uhr, im Coang. Vereinshaus, K 2, 10, einen biblischen Vortrag halten, wozu Jedermann freunblich eingeladen ist.
- * Zirkus Henry. Wir machen unsere Leser darauf aufmerksam, daß morgen Sonntag der Zirkus Henry zwei Vorstellungen (um 4 und 8 Uhr) gibt. Ferner möchten wir darauf hinweisen, daß kommenden Mittwoch ein großes Kinder-Familien-Mattinee stattfindet. In der Nachmittags-Vorstellung hat jeder Erwachsene das Recht, ein Kind frei einzuführen.
- * Brände. Infolge von Selbstentzündung gerieten gestern vormittag auf dem Kohlenlagerhof der Firma Stadelshaus u. Budolph am Redarhafen circa 80 Waggons Braunfohlen-Brilleis in Brand, welcher heute früh noch nicht völlig gelöscht war, obwohl die Berufsfeuerwehr im Laufe des gestrigen Tages zweimal zur Hilfeleistung herbeigerufen wurde. Etwa die Hälfte des Kohlenlagers konnte durch Wegschaffen gerettet werden. Der Schaden dürfte immerhin noch circa 5000 Mark betragen. — Am Kaufhaus-umbau geriet heute vormittag Erdpfeil in Brand und übertrag sich mit großer Schnelligkeit auf den Bauwagen. Die schwarzen Wölken des brennenden Pfeils, aus denen die Flammen des Zumes

Volkswirtschaft.

Weizen.

(Originalbericht des Mannheimer General-Anzeigers.)

In der abgelaufenen Woche war im Weizenbegehr etwas mehr Leben, da die amerikanischen Weizen etwas höhere Kurse fanden. Es konnten deshalb wieder Verkäufe hauptsächlich in schwimmenden russischen und Laplata-Weizen stattfinden. Es wurden auch isoliert neue russ. und rumänische Weizen auf Absatzverkauft. In den anderen Weizen war keine nennenswerte Veränderung. Wir notieren: Laplata-Weizen M. 20,25; Rumän. Weizen M. 19,25-20,75; Russ. Weizen M. 19,25-20,75; Russ. Roggen M. 16,75; Russ. Hafer 17,50 bis 18,50; Altes Laplata-Mais M. 14,25 per 100 Ko. mit Sad; Donaumais M. 14,50 per 100 Ko. mit Sad. Sonst alles per 100 Ko. netto, ohne Sad, Bahnfrei bezogen Mannheim.

Neue Ludwigsbader Stadianleihe. Die neue Anleihe von 1908 wurde zum Frankfurter Börsenhandel zugelassen.

Die preussisch-bessische Eisenbahn-Gesellschaft vereinbarte im Juni M. 151 774 000 oder M. 13 300 000 mehr und per Kilometer M. 4408 oder M. 329 mehr. Der Personenverkehr erbrachte ein Mehr von M. 4 145 000, der Güterverkehr von M. 9 209 000, die Extradiensten von 445 000. Vom 1. April bis Ende Juni betragen die Gesamteinnahmen M. 442 558 000 oder 39 516 000 Mark mehr und per Kilometer M. 12 856 oder M. 928 mehr.

Saurebäcker Vorkaufswerte. Die außerordentliche Hauptversammlung beschloß, das Angebot der Deutsch-Oesterreichischen Mannesmann-Werke auf Uebernahme des Wertes für 1 490 000 Mark anzunehmen. Den Anhabern der Stammaktien werden 60 Prozent und denen der Vorzugsaktien 118 Proz. des Nennwertes ihres Aktienbestandes zugesichert gegen Einreichung ihrer Aktien bei dem Kaufhaus G. B. Stroh-Henrich u. Co. innerhalb vier Wochen. Nach dieser Meldung, so schreibt die „N. Z.“, haben die Deutsch-Oesterreichischen Mannesmann-Werke, nachdem sie auf den Beschluß in der kürzlichen Besprechung von Aktionären der Saurebäcker Vorkaufswerte hin ihr Angebot zurückgezogen hatten, dies offenbar in der heutigen Hauptversammlung der Vorkaufswerte erneuert unter gleichzeitiger Erhöhung des Uebernahmepreises von 55 Proz. auf 60 Proz. des Nennwertes, während das Angebot auf die Vorzugsaktien mit 118 Proz. unverändert blieb. So das Aktienkapital der Saurebäcker Vorkaufswerte aus 1 500 000 Mark Stammaktien und 500 000 M. Vorz. Vorzugsaktien besteht, bedeutet das neue Angebot der Mannesmann-Werke eine Erhöhung des Uebernahmepreises um 75 000 M.

Preisveränderung in der Maschinenindustrie. Der „N. Z.“ zufolge konnten im mitteldeutschen Gebiete die Elektro- und Gasmaschinenfabriken abetmals eine Verbesserung der Preise durchsetzen, für kleine und mittlere Motoren wurden Preiszuschläge um 5 Prozent durchgesetzt. Auch Spezialmaschinenfabriken, die die Maschinen für Fleischerei, ferner für das Buchdruckgewerbe liefern, konnten einen 10prozentigen Preiszuschlag glatt durchsetzen. Die für den Waggonbau arbeitende Kleinindustrie verfügt gleichfalls über gute Beschäftigung. Die Rieten und Schrauben herstellenden Betriebe sind ebenfalls in Verhandlungen darüber eingetreten, die Verkaufspreise für diese Erzeugnisse um 5 bis 10 Proz. zu erhöhen.

Bei der Eisenbahn-Wohn-Station-Planung des A. u. W. B. hat sich die Unterbilanz von M. 75 446 auf M. 116 210 erhöht bei einem Aktienkapital von M. 1 200 000.

Erhöhung der Schweizerpreise. Infolge der Rohisenverknappung beschloß die Schweizerische Vereinigung die Preise um 5 Mark zu erhöhen und gab dazu den Verkauf bis zum Ende des Jahres frei.

Konkurrenz in den Vereinigten Staaten. Bradstreet's Notizbuch berichtet: Die günstige Geschäftslage zeigt sich auch in den Konkursen in den ersten Hälfte dieses Jahres aus, welche geringer sind als seit Jahren. In den sechs Monaten von Januar bis Juni fielen in den Vereinigten Staaten von Nordamerika in 1906 4858 Firmen mit Doll. 29 809 777 Aktiven und Doll. 59 085 116 Passiven; 1901 5405 Firmen mit Doll. 32 435 338 Aktiven und Doll. 66 133 362 Passiven; 1896 7602 Firmen mit Doll. 60 495 508 Aktiven und Doll. 105 585 986 Passiven. In Kanada fielen im gleichen Zeitraum 1906 652 Firmen mit Doll. 2 298 894 Aktiven und Doll. 5 298 482 Passiven; 1905 674 Firmen mit Doll. 3 412 983 Aktiven und Doll. 7 289 304 Passiven.

Mannheimer Effektenbörse

vom 21. Juli. (Offizieller Bericht)

Kleines Geschäft war heute in Brauerei-Eichbaum-Aktien zu 153,50 pCt. Sonst verzeichnen noch Kursveränderungen: Rhein-Kreditbank-Aktien 143,50 B. 143,70 B., Badische Aktienbank-Aktien 1460 B. 1475 B. und Portland-Zementwerke, Heidelberg 147,20 B.

Obligationen

Table of bonds and obligations with columns for title, price, and yield. Includes entries like Pfandbriefe, Städte-Anleihen, Industrie-Obligationen, and various bank bonds.

Banken

Table of bank shares and bonds, including entries for Reichsbank, various savings banks, and industrial banks.

Industrie

Table of industrial shares and bonds, including entries for various manufacturing and utility companies.

Krankfurter Effektenbörse

Telegramme der Continental-Telegraphen-Compagnie. Reichsbank-Diskont 4 1/2 Prozent.

Wechsel

Table of exchange rates for various locations including London, Paris, and Hamburg.

Aktien industrieller Unternehmen

Table of industrial stock prices, including entries for various manufacturing and utility companies.

Staatspapiere, A. Deutsche

Table of German government securities, including entries for Reichsbank, various bonds, and state loans.

Frankfurt a. M., 21. Juli. Kreditaktien 208,80 Staatsbahn 148,50 Lombarden 82,90

Berliner Effektenbörse

Berlin, 21. Juli. (Schlußkurse)

Table of Berlin stock market closing prices for various securities and bonds.

Privat-Diskont 3 1/2 %

Verantwortlich: für Politik, Kunst, Wissenschaft und Vermischtes: Felix Kayser. für Lokales, Provinzielles und Berichtsetzung: Richard Schatzel.

Seidenhaus Richard Kerb Nachf. Inh. Otto Loew Planken.

Advertisement for NESTLE'S Kinder-mehl, featuring the Nestle logo and text describing it as a healthy food for children.

Large advertisement for Karl Friedrich Trefz, a mourning notice for his father, including contact information for the funeral home.

Advertisement for MAGGI'S Erzeugnisse, featuring images of soup cans and text promoting 'DIE BESTEN' products.

Advertisement for Vermischtes, Ankauf, Kundenmühle, Stellen finden, and Junger Bürogehilfe, containing various notices and job offers.

Abonnement: 50 Pfennig monatlich. Ledergeloch 10 Pfennig.

Durch die Post bezogen incl. Postzuschlag R. 1.91 pro Quartal.

Telephon: Redaktion Nr. 377.

Mannheimer Journal

Amts- und Kreisverkündigungsblatt.

Interate: Die Annoncen-Zeile . . . 20 Pf.
Auswärtige Interate . . . 25 „
Die Reklame-Zeile . . . 60 „

Expedition Nr. 218.

Nr. 121.

Samstag, den 21. Juli 1906.

116. Jahrgang.

Tagessordnung

zu der am
Donnerstag, 26. Juli 1906,
vormittags 9 Uhr,
stattfindenden

Bezirksrats-Sitzung.

1. In Sachen des Schmiedemeisters Johann Jakob Heug in Mannheim gegen die Stadtgemeinde Mannheim wegen Strafverstoßes der Besatzung.
2. In Sachen des Strafanwaltes Andreas Mannheim gegen die Strafanwaltschaft der Stadt Mannheim wegen Verstoßes gegen die Bestimmungen der Besatzung.
3. Beschluß des Herr Köhler in Mannheim um Erlaubnis zum Betrieb einer Schaumweinfabrik ohne Transmittat im Hause Langstraße 18.
4. Beschluß des Herr Friedrich Orth in Mannheim (Neudamm) im Hause Friedrichstraße 57.
5. Beschluß des Valentin Sahl in Mannheim (Neudamm) im Hause Langstraße 7.
6. Beschluß des Herr Zahn, Baumwäcker in Seckelheim im Hause Ecke der Hülba- u. Redarstraße, dorselfeld.
7. Beschluß des Herr Lojzon in Mannheim im Hause Zuchtstraße 19.
8. Beschluß des Herr Wehler in Mannheim im Hause Zuchtstraße 19.
9. Beschluß des Herr Bauer in Seckelheim im Hause Ecke Hülba- u. Redarstraße.
10. Beschluß des Herr Christian Giese in Seckelheim im Hause Ecke Hülba- u. Redarstraße.
11. Beschluß des Herr Bieler in Seckelheim im Hause Ecke Hülba- u. Redarstraße.
12. Beschluß des Herr Johann Gießler in Mannheim im Hause Redarstraße 76.
13. Beschluß des Herr Oberst in Seckelheim im Hause Ecke Hülba- u. Redarstraße.
14. Beschluß des Herr Ulrich in Seckelheim im Hause Ecke Hülba- u. Redarstraße.
15. Beschluß des Herr Johann Hegeler in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
16. Beschluß des Herr Andreas Hegeler in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
17. Beschluß des Herr Johann Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
18. Beschluß des Herr Adam Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
19. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
20. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
21. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
22. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
23. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
24. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
25. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
26. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
27. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
28. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
29. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
30. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
31. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
32. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
33. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
34. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
35. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
36. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
37. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
38. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
39. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
40. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
41. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
42. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
43. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
44. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
45. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
46. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
47. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
48. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
49. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
50. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
51. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
52. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
53. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
54. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
55. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
56. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
57. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
58. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
59. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
60. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
61. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
62. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
63. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
64. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
65. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
66. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
67. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
68. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
69. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
70. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
71. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
72. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
73. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
74. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
75. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
76. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
77. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
78. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
79. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
80. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
81. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
82. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
83. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
84. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
85. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
86. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
87. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
88. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
89. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
90. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
91. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
92. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
93. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
94. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
95. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
96. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
97. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
98. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
99. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.
100. Beschluß des Herr Heider in Seckelheim im Hause Redarstraße 76.

Bekanntmachung.

Kaufkraftunter den Schweinen bet.
Nr. 107294 I. In der Gemeinde Straßheim (Amt Weinheim) ist unter den Schweinen die Rotlaufkrankheit ausgebrochen.
Mannheim, 18. Juli 1906.
Gr. Bezirksamt III.

Bekanntmachung.

In der Angelegenheit gegen den Redakteur Emil Weier in Mannheim wegen Verletzung des Kaplans J. So. kein hier hat das Schöffengericht zu Mannheim in der öffentlichen Sitzung vom 22. Juni 1906 für Recht erkannt:
Der Angeklagte, Redakteur Emil Weier in Mannheim, wird wegen öffentlicher Verletzung des Kaplans J. So. kein in Mannheim in zwei Fällen zu einer Geldstrafe von 50.— M. (fünftzig Mark) für den Fall der Unvollständigkeit zu einer Gefängnisstrafe von 10 Tagen (zehn Tagen) und zu den Kosten verurteilt. Zugleich wird dem Angeklagten die Verurteilung binnen einer Frist von 4 Wochen nach Einsicht der Urkunde durch eine einseitige Erklärung in den „Generalanzeiger“ und Kopie des Schuldigen öffentlich bekannt zu machen.
68581

Aufgebot.

Nr. 6247. Der Gutbesitzer Johann Bedringer von Schönbuch b. Mittelbiberach, vertreten durch die Rechtsanwältin Wassermann & Vinckler, hat das Aufgebot des Pfandbriefs der Rhein-Hypothekbank in Mannheim, Serie 90, Nr. 4050 zu 1000 M. beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Pfandbriefserklärung der Urkunde erfolgen wird.
Mannheim, 12. Juli 1906.
Der Gerichtsschreiber
Gr. Amtsgericht Abt. I
Germann.

Frühüberversteigerung.

Der Betrag der fälligen Pfandbriefe an Waldweg (frühere Gemarkung Redaras) wird am
Mittwoch, den 25. Juli 1906,
vormittags 9 Uhr
an Ort und Stelle öffentlich losweise versteigert.
Mannheim, 20. Juli 1906.
Städt. Stadtverwaltung:
Krebs.

Zugerpflanz-Berichtigung.

Ein Teil von dem fälligen Pfandbriefe Nr. 6054 ca. 90 M. an den Pfandbriefnehmer wird als Zugerpflanz am
Montag, den 23. Juli 1906,
vormittags 11 Uhr
auf mehren Plätzen im Hause U 2, öffentlich an den Meistbietenden versteigert.
Mannheim, 18. Juli 1906.
Städt. Stadtverwaltung:
Krebs.

Eberversteigerung.

Wir verfügen in der Herrenhaltung Redaras einen abgängigen Eber öffentlich an den Meistbietenden.
Mannheim, 20. Juli 1906.
Städt. Stadtverwaltung:
Krebs.

Freiwillige Grundstücks-Versteigerung.

Nr. 8434. Bei Antrag des Eigentümers werden die nachstehenden Grundstücke
a. auf Gemarkung Mannheim
Lfd. Nr. 17786, 27 a, 28 am
Mittwoch, den 23. Juli 1906,
vormittags 11 Uhr
auf dem Rathhaus in Adferthaus öffentlich versteigert.
Die Versteigerungsbedingungen können bei dem unterzeichneten Notar eingesehen werden.
Mannheim, 18. Juli 1906.
Größt. Notariat:
Bücherer.

Zum 1. mal in Mannheim! — Wespplaz!

I. ungarischer Zirkus Henry

110 Pferde — 4 Elefanten — 150 Personen, sowie andere Tierexhibitorien.
30 fesche Ungarinnen. (Corps de Ballet), 30 fesche Ungarinnen.
Vor und nach Schluß der Vorstellung: Riesiger Straßenbahnvorstoß.
Heute Sonntag, den 22. Juli,
2 grosse Fest-Vorstellungen 2
Abends 8 Uhr:
Gala-Fest-Vorstellung
bei gemächlichen Preisen auf allen Plätzen.
Herrn und Frau Direktor Henry's einzig faszinierende Pferde- und Elefanten-Massen-Dressuren.
Die bisher unerreichten Akrobaten-, Springer- u. Pyramidisten-Truppe
Original 10 Fezzan-Marokkaner.
Feenhafte Balletdivertissements — 30 fesche Ungarinnen 30. —
Komische Intermezzi aller 10 Clowns u. Auguste 10
Großartige, pompöse Dekorations- und Kostümen-Pantomimen. Karten im Vorverkauf bis 6 1/2 Uhr abends in dem Zigarrengeschäft von Aug. Arcmer, Wälder Hof, Leopd. 306
Morgen Montag, den 23. Juli,
Jour Fixe. — Neues Programm.
Dochachtungswort: Henry, Direktor u. Eigentümer.
Mittwoch, den 25. Juli, nachmittags 4 Uhr:
Einmaliges Kinder-Familien-Matinée.

Bekanntmachung.

Aufgebot von Pfandscheinen.
Ueber die Pfandscheine des Städt. Pfandamts:
Nr. A Nr. 40339 vom 6. Februar 1906,
Nr. B Nr. 48735 vom 28. Juli 1906,
Nr. C Nr. 35111 vom 18. Juni 1906,
welche angeht abhandelt gekommen sind, wurde das Aufgebot über dieselben nach § 23 der Pfandbriefgesetze beantragt.
Die Inhaber dieser Pfandscheine werden hiermit aufgefordert, ihre Ansprüche unter Vorlage der Pfandscheine innerhalb vier Wochen vom Tage der Veröffentlichung der Bekanntmachung an geltend zu machen.
Die Inhaber der Urkunde werden aufgefordert, ihre Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Pfandbriefserklärung der Urkunde erfolgen wird.
Mannheim, den 18. Juli 1906.
Städt. Pfandamt:
Hermann.

Bekanntmachung.

Die Festlegung der ortsblichen Tagelöhne gewöhnlicher Tagelöhner betreffend.
Nr. 102001. Der Bezirksrat hat mit Einschließung vom 1. Juli 1906 auf Grund des § 8 R. V. G. in Verbindung mit § 8 der Vollzugsverordnung den ortsblichen Tagelohn gewöhnlicher Tagelöhner wie folgt festgesetzt:
A. Für die Stadt Mannheim:
1. für erwachsene männl. Arbeiter (über 16 Jahre) M. 3.10
2. „ weiblich „ „ „ „ 1.90
3. „ jugendliche männl. „ (unter 16 Jahre) „ 1.60
4. „ weiblich „ „ „ „ 1.30
B. Für den gesamten Landbezirk:
1. für erwachsene männl. Arbeiter (über 16 Jahre) M. 2.10
2. „ weiblich „ „ „ „ 1.90
3. „ jugendliche männl. „ (unter 16 Jahre) „ 1.50
4. „ weiblich „ „ „ „ 1.10
Diese Festsetzung tritt am 1. Februar 1907 in Kraft.
Mannheim, den 12. Juli 1906.
Größt. Bezirksamt:
Spelsheimer.

Bekanntmachung.

Versteigerung.
Mittwoch, 25. Juli 1906
und dem darauffolgenden Werktage
nachmittags 2 Uhr an
findet im Versteigerungslokal des
wolligen fälligen Pfandamts
Nr. U 5, 1 — Ausgang gegen-
über dem Schulgebäude — die
öffentliche Versteigerung ver-
fallener Pfänder gegen Ver-
zahlung statt.
Die Pfänder, Gold- und Silber-
gegenstände kommen Freitag, den 27.
7. U., nachmittags 2 Uhr an,
zum Aufgebot.
Das Versteigerungslokal wird
jeweils 1/2 Uhr geöffnet.
Kindern ist der Zutritt
nicht gestattet.
Mannheim, den 2. Juli 1906
Städtisches Pfandamt:
Hermann.

Werkführer- u. Monteurschule Mannheim.

Das neue Schuljahr beginnt am 24. September d. J. Aufnahmsbedingungen: Erfolgreicher Besuch einer Gewerbe- oder gewerblich-technischen Schule. Zurücklegung des 18. Lebensjahres, 4jährige Praxis. Jahreskurs für Werkführer im Maschinenbau, Monteur, Sandwerksmeister. Schulgeld 25 M. Anmeldungen nimmt entgegen und erteilt Auskunft Der Rektor
Hertb. 30000/392

Friedrichspl. 6 „Faust“ Friedrichspl. 6
Angenehmes Sommerlokal.
Empfehle meine vorzügl. Biere aus der Export-Brauerei J. Hildebrand, Pfungstadt, Hoflieferant.
Flaschenbier kann von jetzt ab auch von mir abgegeben werden. 68485
Telephon 2634. G. Langenberger.

Wollen Sie etwas Gediegenes? So kaufen Sie



Kronen-Borax
In eleganten Schachteln a 40, 240 und 500 g. einschließlichen Geschäften zu haben. 2274

Zwangs-Versteigerung.

Montag, den 23. Juli 1906
nachmittags 2 Uhr
werde ich im Pfandlokal Q 4, 5 gegen bare Zahlung im Vollstreckungsweg öffentlich ver-
steigern:
Rüdel aller Art und Vieh einschließend am Standort mit Bekanntgabe im Pfandlokal
1 Bohlenpresse, 1 Schneidmaschine, 1 Segel mit Segelstangen, 300 Lithographiersteine und sonstige. 38628
Mannheim, 20. Juli 1906.
Dingler,
Gerichtsvollzieher.

Bekanntmachung.

Die Geschäfte des Direktors XXVIII (Stadt Liteta K) werden in der Zeit vom 19. Juli bis mit 19. August 1906 von Gerichtsvollzieher Haag, wohnhaft Mittelstr. 26, mitbefragt.
Mannheim, 16. Juli 1906
Gr. Amtsgericht I
J. A.
Dr. Koch.

Bekanntmachung.

Mittwoch, den 24. Juli 1906,
vormittags 11 Uhr
versteigern wir auf unsere-
Tafeln U 2, 3 einen abgängigen
Jugendbier. Der Jugendbier kann
bei Herrn Wilhelm Schwan
hier Unterhaltung Nr. 2 ange-
sehen werden. 30000/613
Mannheim, 19. Juli 1906.
Städt. Stadtverwaltung:
Krebs.

Bekanntmachung.

Die Ausführung der
Erdbarbeiten
für die Errichtung des II. Wasser-
turmes in Waldhof, ca. 4300 cbm,
soll im Wege der
Submission
vergeben werden.
Angebots-Formulare und Be-
dingungen können durch und
kostenlos bezogen werden; die
Rechnungen liegen während der
Arbeiten im Aufnahmestempel
auf. Angebote sind bis spätestens
Montag, 23. Juli d. S.,
vormittags 11 Uhr,
einer einzureichen.
Mannheim, den 16. Juli 1906
Die Direktion
der Städt. Wasser-, Gas- und
Elektrizitätswerke:
Bilker.

Winterwieser-Verpachtung.

Mittwoch, 8. August d. J.,
vormittags 11 Uhr
wird auf dem Rathhaus halber
die Winterwieser bei 1906/07,
welche mit 400 Schafen betrie-
ben werden kann, in öffentlicher Ver-
steigerung verpachtet, dazu Ein-
trags- und Gebots-Formulare
eingeladen werden.
Mannheim, den 20. Juli 1906.
Der Gemeinderat:
Rat.

Allgemeine Kinematographen-Theater-Ges.

PG, 20 P 6, 20
Erneutes Programm:
Akt. 1.
50jähr. Reg.-Jubiläum.
Das Kind als Friedensengel.
Anderer.
Akt. 2.
Der wunderbare Regensturm.
Stapelwerk des Dampfes Aug.
Victoria.
Der kleine Kompostbier.
Akt. 5.
Leben u. Tod des Tierpark.
Garbenreifer beim Weizenbau
Der Hund und die Tabakspinnerei.
Akt. 4.
Belohnung eines Präsidenten.
Unter Nacht.
Der weiße Fuchs in schwan-
delnde Hölzer. 68336
Akt. 5.
Jubiläum Festung vor dem
Festgen von Wale.
Die Träume des Opium-
raucher.
Der Fisch als Ungeheuer.
Der Traum der Nischenfische
in Hamburg.

Alle 8 Tage Programm-Zusatz!

Handreichendste Vorstellung.
An Wochentagen von 2 Uhr an
An Sonntagen von 11 Uhr
vormittags an.
Veränderungen im Pro-
gramm vorbehalten.
I. Platz 40 Kinder u.
II. Platz 50 „ „
III. Platz 50 die Hälfte
Hier direkt vom Faß.
Bequeme Plätze.
Gute Ventilation.

Haasenstein & Vogler A.G.
Annoncen-Akademie für alle Zei-
tungen u. Zeitschriften der Welt.
Mannheim P. 21.
Eine der größten Lebens-
versicherungs-Gesellschaften

Sucht tücht. Vertreter
Energischer und freibewer-
ber tücht. Vertreter werden
zur Vertriebung der besten
Lebensversicherungs-Gesellschaft
in Mannheim gesucht. Offerten mit
Z. 386 Z. an Haasen-
stein & Vogler, A. G.,
Mannheim. 2269

RUDOLF MOSSE
Seidelberg.
Herrlich gelegene Villa
9 Zimmer mit allen Zubehör,
Balkon, Terrasse, Garten etc.,
neu gebaut, herrlich, Ausbati-
tung, großartig, elegant,
Lage in ruhiger, gesunder
Lage, zur Versteigerung
wegen Vererben zu verkaufen.
Offert. von nur Selbstref-
lektanten erd. unt. N. 6. 15
postl. Seidelberg. 65540

Verkauf.
1 gut erh. Pfaff Nähm.
M. 60 zu verkaufen. 3113
N 2, 10, 4. Stof.

Lehrmädchen.
mit gut. Schulzeug. gef. von
Güterstraße 17, 33428
Kurs, Weiß- und Holzwasser.

Mietgesuche.
Eine Wohnung von 4-5
Zimmern, nahe des Haupt-
bahnhofs, oder 1. Stof. per
Witte 20. Stof. zu mieten gef.
Offerten unter Nr. 3140 an
die Expedition d. Bl. 3140

Zu vermieten.
3. Oberst. 26, dopp. Balko-
nenwohnung, 3 große Zimmer
und Küche bis 1. August zu verm.
Häuser per 1906. 2904

U 3. 16. Friedrichsring.
schöne Wohnung mit 4 Zimmern,
Küche, 1. Stof. u. Bad, in ruhiger
Lage, zu vermieten. 3113

U 3. 16. Friedrichsring.
schöne Wohnung mit 4 Zimmern,
Küche, 1. Stof. u. Bad, in ruhiger
Lage, zu vermieten. 3113

U 3. 16. Friedrichsring.
schöne Wohnung mit 4 Zimmern,
Küche, 1. Stof. u. Bad, in ruhiger
Lage, zu vermieten. 3113

U 3. 16. Friedrichsring.
schöne Wohnung mit 4 Zimmern,
Küche, 1. Stof. u. Bad, in ruhiger
Lage, zu vermieten. 3113

U 3. 16. Friedrichsring.
schöne Wohnung mit 4 Zimmern,
Küche, 1. Stof. u. Bad, in ruhiger
Lage, zu vermieten. 3113

U 3. 16. Friedrichsring.
schöne Wohnung mit 4 Zimmern,
Küche, 1. Stof. u. Bad, in ruhiger
Lage, zu vermieten. 3113

U 3. 16. Friedrichsring.
schöne Wohnung mit 4 Zimmern,
Küche, 1. Stof. u. Bad, in ruhiger
Lage, zu vermieten. 3113

U 3. 16. Friedrichsring.
schöne Wohnung mit 4 Zimmern,
Küche, 1. Stof. u. Bad, in ruhiger
Lage, zu vermieten. 3113

U 3. 16. Friedrichsring.
schöne Wohnung mit 4 Zimmern,
Küche, 1. Stof. u. Bad, in ruhiger
Lage, zu vermieten. 3113

U 3. 16. Friedrichsring.
schöne Wohnung mit 4 Zimmern,
Küche, 1. Stof. u. Bad, in ruhiger
Lage, zu vermieten. 3113

U 3. 16. Friedrichsring.
schöne Wohnung mit 4 Zimmern,
Küche, 1. Stof. u. Bad, in ruhiger
Lage, zu vermieten. 3113

U 3. 16. Friedrichsring.
schöne Wohnung mit 4 Zimmern,
Küche, 1. Stof. u. Bad, in ruhiger
Lage, zu vermieten. 3113

U 3. 16. Friedrichsring.
schöne Wohnung mit 4 Zimmern,
Küche, 1. Stof. u. Bad, in ruhiger
Lage, zu vermieten. 3113

U 3. 16. Friedrichsring.
schöne Wohnung mit 4 Zimmern,
Küche, 1. Stof. u. Bad, in ruhiger
Lage, zu vermieten. 3113